



Rahmenkonzeption für Gemeinwesenarbeit in Darmstadt



Grundlegung für ein sozialräumliches Fachkonzept



In Kooperation:

Diakonie 
Diakonisches Werk
Darmstadt-Dieburg



Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Rahmenkonzeption für Gemeinwesenarbeit in Darmstadt

Grundlegung für ein sozialräumliches Fachkonzept

Gemeinwesenarbeit als Teil einer kommunalen Strategie zur Überwindung sozialräumlicher Armutsdimensionen und Ausgrenzung in Darmstadt

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort der Träger.....	3
2. Armut und soziale Ausgrenzung in einer reichen Stadt	6
3. Gemeinwesenarbeit: Eine sozialräumliche Strategie für Darmstadt zur Reduzierung von Armut und sozialer Ausgrenzung.....	10
3.1 Gemeinwesenarbeit als Teil einer kommunalen Strategie.....	10
3.2 Gemeinwesenarbeit verpflichtet sich der integrierten Entwicklung des Stadtteils und bestmöglichen Entfaltung der dort lebenden Menschen	15
3.3 Gemeinwesenarbeit fordert eine sozialräumliche Ausrichtung von Politik und Verwaltung.....	21
3.4 Gemeinwesenarbeit arbeitet im Verbund und sichert fachliche Standards	23
4. Agenda	25
4. Impressum.....	27

1. Vorwort der Träger

Gemeinwesen, Stadtteile, Quartiere, Siedlungen, Stadtviertel... sind die Kristallisationspunkte von Lebensfunktionen und Grundbedürfnissen: Wohnen, Daheimsein, Nachbarschaften, Kommunikation, Identifikation, Aufwachsen, Spielen, Verweilen, Arbeiten, Alterssitz, Lernen, Schutz, Einengung, Vertrauen, Hoffnung, Desillusionierung.

Es sind Orte, in denen Lebensentwürfe entstehen, Haltungen und Erfahrungen wachsen und unterschiedliche Lebensstile und Familienformen auftauchen. Sie sind Schmelztiegel von Interkulturalität, Vielfalt, Traditionen, von Problemdimensionen und Lebensbewältigungsstrategien.

Lebensvorstellungen und Lebenschancen sind an Lebenslagen gebunden, Denk- und Handlungsspielräume von Grunderfahrungen im sozialen Nahraum begrenzt oder beflügelt.

Die physische und soziale Qualität ihres Nahbereiches ist bestimmend. Insbesondere trifft dies für Menschengruppen mit eingeschränkter Mobilität zu: Kinder und ihre Eltern, Ältere, Behinderte, Kranke, arme und arbeitslose Menschen.

Eine jede Zivilgesellschaft hat ihre Wurzeln in diesem überschaubaren Nahbereich. Nur wenn der Nahbereich, das Quartier, existenzsichernd ist, gute Lebens- und Wohnqualität, gesunde und gerechte Lebensverhältnisse gewährt, entstehen gute Ausgangsbedingungen für Lebenschancen, Eigenverantwortung, Vertrauen, Gemeinsinn, Mitgefühl, Solidarität und demokratisches Mitgestalten.

Das Quartier bringt mit den dort zu bewältigenden materiellen und sozialen Anforderungen eigene Formen des Miteinanderlebens, Geprägtwerdens und der (Über-)Lebensstrategie hervor. Je höhere Anforderungen an die Lebensgestaltung und –bewältigung gestellt werden und je mehr Anpassungs- und Integrationsleistungen zu erfüllen sind, desto belastender und überfordernder wird die individuelle Lebensgestaltung und der Blick fürs Nachbarschaftliche.

Nur dort, wo die Problemkonstellationen und Belastungsfaktoren ihren direkten Niederschlag finden - in den Haushalten, den Lebenswelten und Gemeinwesen - sind die strategischen Ausgangsorte für notwendige Veränderungs- und Verbesserungsprozesse.

Das Arbeitsprinzip der Gemeinwesenarbeit hat hier seine Anfänge und seinen Auftrag. In diesem wird der Zusammenhang von persönlichen, sozialen, materiellen und infrastrukturellen Begrenzungen ganzheitlich erfasst und die Beteiligung und Teilhabe der Quartiersbevölkerung als Grundbedingung für zu entwickelnde Bewältigungsstrategien konstatiert.

Subjekt der Gemeinwesenarbeit ist jedoch im Grunde das Gemeinwesen selbst, die sich organisierende Bevölkerung, denn Emanzipation kann nicht zugeteilt werden. (nach Prof. G. Iben)

Seit Anfang der 70er Jahre, nahezu 40 Jahre, ist Gemeinwesenarbeit (GWA) in Darmstadt etabliert. Zunächst in den so genannten „Sozialen Brennpunkten“: Rodgaustraße in Arheilgen und Kirschenallee/ Pallaswiesenviertel.

Nun könnte man sagen: Nach fast 40jähriger Arbeit in der Rodgaustraße und der Kirschenallee und 11 Jahre GWA Eberstadt-Süd und Kranichstein wird dieses Kapitel geschlossen. Ganz nach der alten Annahme, GWA könnte und sollte sich in den Quartieren überflüssig machen.

Wir müssen uns die Frage gefallen lassen und auch selbst stellen, was heißt es, wenn wir nach 40 Jahren geleisteter Arbeit für eine Etablierung dieses Arbeitsprinzips Sorge tragen wollen. Dazu ist zu konstatieren, dass wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Veränderungen und insbesondere Destabilisierungen und Irritationen sich immer dort auswirken, wo die Belastungen am größten sind. Bildlich gesprochen: das Glied einer Kette am schwächsten ist. Das heißt in den Stadtteilen und Quartieren, die große und vielgestaltige Belastungen zu bewältigen und hohe Integrationsleistungen zu erbringen haben. Nicht aus jedem Stadtteil ist ein privilegierter Stadtteil zu entwickeln. Es gehört zur Diversität einer Stadtgesellschaft, dass es unterschiedliche Sozialräume gibt und diesen Unterschieden ist Rechnung zu tragen. Besonders in der Form, dass dort, wo viele Belastungen hinwirken, viele Integrationsleistungen zu erbringen sind, besondere und nachhaltige Unterstützungsstrategien greifen müssen.

GWA ist aus unserer Erfahrung und Beurteilung in der Lage – mit ihrem Fokus auf die Verhältnisse und Strukturen, statt dem individuellen Verhalten – sich an notwendigen Strategien und Modellen lokaler Sozialstaatlichkeit zu beteiligen. Auf der lokalen Ebene ist die Verwirklichung von Formen aktiver und aktivierender Sozialpolitik möglich und aus unserer Erfahrung auch gelungen. Nur im überschaubaren Rahmen, im übersichtlichen Sozialraum, lassen sich Selbsthilfepotentiale erschließen und Bündnisse initiieren, die zur Lösung gemeinsamer Problemlagen geeignet sind, auch über Interessensgegensätze hinaus.

Vor dem Hintergrund dieser unserer Erfahrungen, Erkenntnisse und Errungenschaften und den Auswirkungen des Um- und Rückbaus des Sozialstaates, haben wir als Träger entschieden, die Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit auf unsere Agenda zu setzen. Was lag näher, als uns im Rahmen des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu beteiligen. Wir haben uns sehr gefreut, denn unsere Bewerbung war erfolgreich. Aus über 800 eingegangenen Anträgen wurde unser Projekt als eines von 40 bundesweit ausgewählt. Damit sind wir in ein Projekt und in einen Prozess gestartet mit dem Ziel, ein Rahmenkonzept für Gemeinwesenarbeit zu entwickeln.

Unter breiter Beteiligung verschiedener Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen Soziales, Wirtschaft, Arbeit und Zivilgesellschaft kamen Menschen zusammen, um gemeinsam Lösungen für anstehende Problemlagen, die es auch in einer reichen Stadt gibt, zu erarbeiten. Das Interesse war dabei konstant groß und die Rückmeldungen zeigten, dass es einen Bedarf an Veränderungen der Ausrichtung sozialer Intervention, hin zu einer sozialräumlichen Perspektive gibt.

Als Meilensteine lassen sich folgende öffentliche Veranstaltungen nennen:

- › Die Auftaktveranstaltung am 23. April
- › 1. Arbeitskonferenz am 1. Juni
- › 2. Arbeitskonferenz am 1. September
- › Die Abschlussveranstaltung am 3. Dezember

Parallel dazu die Durchführung von Gruppendiskussionen mit Gruppen aus Bürgerinnen und Bürgern (u.a. Arbeitslosentreff, Alleinerziehende, Aktive Senioren...).

Weiterhin wurde kontinuierlich in der Konzeptgruppe an der Zusammenführung der Informationen und der Erarbeitung der Rahmenkonzeption gearbeitet, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Träger Diakonisches Werk und Caritasverband, SKA Darmstadt, der Stadtverwaltung, der Hochschulen (Hochschule Darmstadt und Evangelische Fachhochschule) und der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. zusammensetzte.

Entstanden ist nun die vorliegende „Rahmenkonzeption für Gemeinwesenarbeit in Darmstadt – Grundlegung für ein sozialräumliches Fachkonzept – Gemeinwesenarbeit als Teil einer kommunalen Strategie zur Überwindung sozialräumlicher Armutsdimensionen und Ausgrenzung in Darmstadt“.

Die Verknüpfung von sozialpolitischen, arbeitsmarktpolitischen, wirtschaftspolitischen und wohnungspolitischen Lösungsansätzen ist erforderlich, um spezifische Lösungen für spezifische sozialräumliche Problemlagen zu schaffen.

So können wir konstatieren, dass heute mehr denn je GWA als ein Teil einer Gesamtstrategie zur Überwindung von sozialräumlichen Armutsdimensionen und Ausgrenzung zu etablieren ist für eine soziale und solidarische Stadt, für lokale Sozialstaaten.

Wir möchten herzlichen Dank aussprechen an all diejenigen, die die Umsetzung des Projekts ermöglicht und ihre Gedanken und Ideen eingebracht haben.

› Edda Haack
Leitung Diakonisches Werk
Darmstadt-Dieburg

› Dr. Werner Veith
Caritasdirektor
Darmstadt

2. Armut und soziale Ausgrenzung in einer reichen Stadt

Darmstadt ist eine wachsende und wirtschaftlich prosperierende Stadt mit großstädtischer Dynamik und internationalem Flair. Die aktuellen Ergebnisse der Bürgerumfrage 2009 zeigen, dass sich die überwiegende Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner in ihrer Stadt wohl fühlen und sehr gerne hier wohnen.

Darmstadt bietet für seine Bürgerinnen und Bürger eine vielfältige Infrastruktur auf hohem Niveau. Soziales, Kultur, Sport und Freizeit, Wohnen, Arbeitsplätze, Einzelhandel und ÖPVN sind Indikatoren für ein ausgewogenes Gemeinwesen, das kontinuierlich bedarfsgerecht angepasst und weiter entwickelt wird. Dabei stehen die Maximen der sozialen, ökologischen und ökonomischen Balance politisch auf der Agenda.

In Darmstadt gibt es aber auch Armut und soziale Ausgrenzung. Sie manifestiert sich insbesondere in Sozialräumen und trägt zu einer Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Inklusion und Exklusion bei. Ein besonderer Blick auf sozial benachteiligte Quartiere/Stadtteile ist im Rahmen von Gemeinwesenarbeit von großer Bedeutung, gleichzeitig sollen aber auch sozial gefährdete Sozialräume rechtzeitig gestärkt und stabilisiert werden. Die Entwicklung von soliden Quartieren, wie etwa in den Konversionsflächen, hin zu gesunden, tragfähigen und emanzipatorischen Gemeinwesen ist darüber hinaus eine Aufgabe funktionierender Gemeinwesenarbeit.

In fünf Quartieren/Stadtteilen sind die Belastungen der dort lebenden Bevölkerung im Hinblick auf ihre ökonomische Lage seit vielen Jahren bekannt und Anlass vielfältiger sozialpolitischer Interventionen. Zwei dieser Stadtteile sind Programmgebiete des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt und demnach mit Ressourcen für Stadtteilmanagement und Stadtteilwerkstätten (Bürgerbeteiligung) ausgestattet. Die beiden Gebiete liegen in den statistischen Bezirken 750 Kirchtannensiedlung (Eberstadt-Süd) und 910 Kranichstein-Süd.

Für beide statistischen Bezirke lässt sich feststellen, dass sie bei den Arbeitslosenzahlen nach SGB II, den Empfängern von Grundsicherung im Alter und bei der Hilfe zum Lebensunterhalt Werte aufweisen, die weit, teilweise 300 % über dem städtischen Durchschnitt liegen. Für die Arbeitslosenzahlen nach SGB III gilt dies nur für den Bezirk in Eberstadt-Süd, während Kranichstein-Süd leicht unter dem städtischen Durchschnitt liegt. In diesen Gebieten ist insbesondere auch die soziale Lebenslage der zugewanderten Bevölkerungsgruppen extrem prekär (überdurchschnittlich hohe Sozialhilfedichte und Arbeitslosigkeit).

Drei weitere Gebiete sind klassische städtebauliche Sanierungsgebiete, in denen jeweils Gemeinwesenarbeit durch einen freien Träger erbracht wird. Auch diese Gebiete weisen in einigen Indikatoren hohe Werte über dem städtischen Durchschnitt auf. Hier ist es jedoch auch so, dass die eigentlichen Sanierungsgebiete erheblich kleiner sind als der statistische Bezirk, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Indikatoren bezogen auf die Sanierungsgebiete selbst noch höher sind.

In diesen fünf Gebieten werden auch zukünftig Investitionen nötig sein, sowohl in Infrastrukturmaßnahmen als auch in Gemeinwesenarbeit. Der neue Sozialatlas 2008 macht deutlich, dass mit den beiden Innenstadtbezirken 110 Stadtzentrum, 120 Rheintor/Grafenstraße und Kranichstein-Nord mindestens drei weitere Gebiete mit hohen Investitionsbedarfen hinzukommen.

Arbeitslose nach SGB III in Darmstadt zum 31.12.2008

Statistische Bezirke/ Stadtteile	Arbeitslose SGB III			daraus	auf 1.000 Einw. 15-unter 65 (in Promille)			daraus
	männl.	weibl.	insg.	Ausl.	männl.	weibl.	insg.	Ausl.
240 Waldkolonie	25	22	47	11	17,3	16,7	17,0	20,2
260 Pallaswiesenviertel	22	19	41	15	20,4	22,2	21,2	23,7
610 Alt-Arheilgen	22	16	38	4	15,4	11,5	13,5	9,7
750 Kirchtannensiedlung	49	28	77	23	25,7	14,5	20,0	23,5
910 Kranichstein-Süd	29	28	57	14	12,2	11,5	11,8	11,1
Stadtgebiet insgesamt	724	594	1318	312	14,9	12,6	13,8	16,6

Arbeitslose nach SGB II in Darmstadt zum 31.12.2008

Statistische Bezirke/ Stadtteile	Arbeitslose SGB II			daraus	auf 1.000 Einw. Unter 65 (in Promille)			daraus
	männl.	weibl.	insg.	Ausl.	männl.	weibl.	insg.	Ausl.
240 Waldkolonie	106	63	169	36	58,0	37,9	48,4	56,7
260 Pallaswiesenviertel	92	83	175	64	72,7	83,0	77,2	88,9
610 Alt-Arheilgen	63	31	94	26	36,6	18,7	27,8	55,7
750 Kirchtannensiedlung	250	244	494	167	102,1	99,1	100,6	141,8
910 Kranichstein-Süd	174	167	341	191	55,1	53,0	54,0	120,6
Stadtgebiet insgesamt	2186	1901	4087	1456	37,4	33,7	35,6	69,2

Empfänger/innen von Grundsicherung im Alter in Darmstadt zum 31.12.2008

Statistische Bezirke/ Stadtteile	Empf. GSiG			daraus	auf 1.000 Einw. 65 u. älter (in Promille)			daraus
	männl.	weibl.	insg.	Ausl.	männl.	weibl.	insg.	Ausl.
240 Waldkolonie	19	26	45	9	58,5	63,9	61,5	150,0
260 Pallaswiesenviertel	16	19	35	13	110,3	103,8	106,7	200,0
610 Alt-Arheilgen	4	18	22	2	12,6	41,1	29,1	74,1
750 Kirchtannensiedlung	59	106	165	60	142,2	163,1	154,9	495,9
910 Kranichstein-Süd	65	67	132	53	118,2	86,2	99,5	670,9
Stadtgebiet insgesamt	651	850	1501	443	61,3	54,7	57,4	276,7

Empfänger/innen von HLU in Darmstadt zum 31.12.2008

Statistische Bezirke/ Stadtteile	Empf. HLU			daraus	auf 1.000 Einw. U. 65 (in Promille)			daraus
	männl.	weibl.	insg.	Ausl.	männl.	weibl.	insg.	Ausl.
240 Waldkolonie	53	17	70	3	29,0	10,2	20,0	4,7
260 Pallaswiesenviertel	28	14	42	10	22,1	14,0	18,5	13,9
610 Alt-Arheilgen	16	4	20	4	9,3	2,4	5,9	8,6
750 Kirchtannensiedlung	53	45	98	10	21,7	18,3	20,0	8,5
910 Kranichstein-Süd	32	31	63	27	10,1	9,8	10,0	17,0
Stadtgebiet insgesamt	497	379	876	146	8,5	6,7	7,6	6,9

Aufgabe kommunaler Sozialpolitik ist es, dafür zu sorgen, dass alle Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft stehen. Exklusion, Segregation, Stigmatisierung und Benachteiligung aufgrund sozialer oder ethnischer Herkunft muss stringent entgegen gearbeitet werden.

Auftrag ist die Verhinderung von Armut und die aktive Förderung von Chancengleichheit und Inklusion.

Dabei setzen schon heute viele Teile, aber intensiviert in die Zukunft alle Ämter der Stadtverwaltung Darmstadt die drei von Stadtrat Jochen Partsch sozialpolitisch formulierten und interdisziplinär transformierten Prämissen Prävention – Partizipation – Sozialraumorientierung um.

Auf der Grundlage dieser Handlungsmaximen ist Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip seit vielen Jahren eine von der Wissenschaftsstadt Darmstadt – und hier insbesondere vom Sozialdezernat – unterstützte und geförderte Strategie.

- › Gemeinwesenarbeit ist sozialräumlich organisiert
- › Gemeinwesenarbeit findet sich in den Stadtteilen und Quartieren mit besonderen Entwicklungsbedarfen
- › Gemeinwesenarbeit ist für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Gebiete nutzbar
- › Gemeinwesenarbeit aktiviert und beteiligt Bewohnerinnen und Bewohner
- › Gemeinwesenarbeit fördert Inklusion und wirkt sozialer Benachteiligung entgegen
- › Gemeinwesenarbeit fördert die strukturelle Integration der zugewanderten Bevölkerungsgruppen
- › Gemeinwesenarbeit wirkt darauf hin, positive Lebensbedingungen zu erhalten bzw. zu schaffen

Um den Ansatz der Gemeinwesenarbeit auszubauen und gesamtstädtisch nutzbar zu machen und gleichzeitig die unterschiedlichen Ebenen der Kooperation von Anfang an zu beschreiben, arbeiteten Mitarbeiter/innen der städtischen Verwaltung sowohl in den Arbeitskonferenzen als auch in der Projektgruppe aktiv mit.

Mit dem Rahmenkonzept „Gemeinwesenarbeit als Teil einer kommunalen Strategie zur Überwindung von sozialräumlichen Armutsdimensionen und Ausgrenzung“ wird daher ein kooperatives Werk zwischen Freier Wohlfahrtspflege und Stadtverwaltung vorgelegt. Im Auftrag von Sozialdezernent Stadtrat Jochen Partsch wurden von Seiten der Verwaltung die Perspektiven der Wissenschaftsstadt Darmstadt hinsichtlich sozial-, jugend- und altenhilfeplanerischer Anforderungen als auch präventiver Aspekte von Armutsbekämpfung eingebracht.

Ziel muss es sein, eine zentrale und dezentrale Steuerungsstruktur für alle Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf zu entwickeln und zu implementieren.

Diese Arbeit wird in dem Rahmenkonzept umschrieben und ist Handlungsauftrag sowohl für die örtlich eingebundene Sozialarbeit wie auch für die administrative Steuerungs- und Planungsebene aller Dezernate.

Bedarfsorientierte Angebotsplanung und ein tragfähiges, sozialraumorientiertes Beteiligungskonzept für die Bürgerinnen und Bürger sind weitere Schritte, die im Rahmen der Gemeinwesenarbeit umgesetzt werden und damit dazu beitragen, die kommunalen Ressourcen effizient und effektiv einzusetzen.

Hinsichtlich der Rolle der Verwaltung wird mit der Umsetzung des Rahmenkonzeptes ein Paradigmenwechsel eingeschlagen, der weg von Verwalten hin zu einem partnerschaftlichen Gestalten führt.

Gleichzeitig wird damit die Aufgabe der Verwaltung, politische Entscheidungsträger/innen planerisch, sozialpolitisch und gesetzeskonform zu beraten, auf basisdemokratische und partizipatorische Fundamente gestellt.

Aus sozialplanerischer Sicht und unter Berücksichtigung des Auftrages des Amtes für Soziales und Prävention kann zusammenfassend gesagt werden, dass die „Rahmenkonzeption für Gemeinwesenarbeit in Darmstadt“ eine fundierte und innovative Grundlage für kooperatives Handeln und Gestalten darstellt, um dezernatsübergreifende, politisch definierte Vorgaben in der Wissenschaftsstadt Darmstadt qualitativ gut umzusetzen und dabei vor allem die Basisvoraussetzung – die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern – zu garantieren.

- › Barbara Akdeniz
Amt für Soziales und Prävention
- › Markus Emanuel
Sozial- und Jugendhilfeplanung



3. Gemeinwesenarbeit: Eine sozialräumliche Strategie für Darmstadt zur Reduzierung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Die Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung liegen wesentlich auf nationaler und globaler Ebene und lassen sich auf kommunaler Ebene nur eingeschränkt beheben. Doch ist es die kommunale Ebene, auf der Armut und soziale Ausgrenzung sich manifestiert, am intensivsten in den sogenannten benachteiligten Quartieren/Stadtteilen.

Benachteiligt meint, hier leben überdurchschnittlich viele Menschen in finanziellen Mangelsituationen, sozialer Ausgrenzung und in Armut, sie sind häufig auf (ergänzende) Sozialleistungen angewiesen und sind aufgrund dessen von vielen Teilhabemöglichkeiten getrennt und sozial ausgegrenzt. Nicht selten sind die Quartiere/Stadtteile gleichzeitig geprägt von einer mangelhaften baulichen Substanz der Wohngebäude und des Wohnumfeldes und einer unzureichenden sozialen und ökonomischen Infrastruktur, was die Lebenssituation vor Ort erschwert. Meist ist das Image der Quartiere/Stadtteile zusätzlich stigmatisierend und entwicklungshemmend.

3.1 Gemeinwesenarbeit als Teil einer kommunalen Strategie

- › GWA als Teil einer gesamtstädtischen Strategie

Zur Überwindung von sozialräumlichen Armutsdimensionen und Ausgrenzung und der Gestaltung einer solidarischen Stadtgesellschaft stellt die Implementierung von sozialer Stadt(teil)entwicklung als gesamtstädtische Strategie in der Wissenschaftsstadt Darmstadt eine Chance dar. Ein Teil der sozialen Stadt(teil)entwicklung ist die Gemeinwesenarbeit (GWA), die in den unterschiedlichen Sozialräumen ihren Wirkungsbereich hat und von dort den Dialog mit Politik und Verwaltung organisiert. Die Gemeinwesenarbeit begreift sich als zivilgesellschaftliche Akteurin, die gemeinsam mit der Bürgerschaft und anderen Akteuren im Gemeinwesen aktiv ist. Dazu zählen unter anderem eine organisierte und nicht organisierte Bewohnerschaft, Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Altenhilfe, Institutionen, Vereine, Initiativen, Migrantenselbstorganisationen, Kirchen und Andere.

- › Sozialräumliche Ausrichtung der GWA

Einsatzort der Gemeinwesenarbeit ist das Quartier/ der Stadtteil, weil sie dort den unmittelbaren Kontakt zur Bewohnerschaft und ihrer Lebenswelten und den anderen Akteuren hat. Er ist Ausgangspunkt für die Einleitung

von Veränderungen und Verbesserungen in der Lebenssituation der Menschen und der Entwicklung des Stadtteils allgemein.

In Darmstadt sind Einsatzorte der Gemeinwesenarbeit bisher die sogenannten alten „Sozialen Brennpunkte“ Rodgaustraße/Arheilgen, Kirschenallee/Pallaswiesenviertel; Akazienweg/Waldkolonie und die „neuen“ Standorte im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ in Eberstadt Süd und Kranichstein.

Da eines der Gemeinwesenarbeit zugrunde liegenden Ziele die Demokratisierung, die strukturelle Integration der zugewanderten Bevölkerungsgruppen und politische Aktivierung aller Menschen im Gemeinwesen ist, bezieht sie sich auf alle Gruppen der Stadtgesellschaft. Entsprechend beschränkt sich ihr Wirkungsbereich nicht auf die benachteiligten Quartiere/Stadtteile, sondern richtet sich auf die Räume aus, in denen ein Handlungsbedarf deutlich wird. Grundsätzlich lassen sich vier verschiedene Gebietstypen definieren, in denen GWA tätig wird.

Typ 1 – Risikogebiet: Es besteht ein hoher sozialer Interventionsbedarf, ggf. verbunden mit ökonomischen und städtebaulichen Handlungsbedarfen.

Typ 2 – Präventionsgebiet: Beobachtbare Tendenzen der Verdichtung/Entwicklung von sozialräumlicher Armut und sozialer Ausgrenzung erfordern eine frühzeitige Intervention.

Typ 3 – Stabilisierungsgebiet: Sicherung und Weiterentwicklung von Quartieren/Stadtteilen in denen bereits durch eine integrierte soziale Stadtteilentwicklung die Marginalisierungsbewegungen aufgehalten wurden.

Typ 4 – Aufbaugesamt: Neubaugebiete/Stadtumbaugebiete (z.B. Konversionsflächen), die durch GWA begleitet werden um

- › die hinzuziehende Bewohnerschaft partizipativ mit den im Aufbau befindlichen neuen Organisation vor Ort von Beginn an zu vernetzen,
- › eine bedarfsgerechte Entwicklung der sozialen und kulturellen Infrastruktur zu gewährleisten,
- › beratend beim Aufbau nachbarschaftlicher Alltagskultur tätig zu sein.

Die Prinzipien der Gemeinwesenarbeit eröffnen für die Stadt einen Handlungskorridor auf der lokalen Ebene, der in verschiedenen Sozialräumen die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ermöglicht.

› [Die Prinzipien der GWA](#)

GWA versteht sich als zielgruppen- und einrichtungsübergreifend und als methodenintegrativ. GWA orientiert sich an den Ressourcen der Menschen, Organisationen und Strukturen im Quartier/Stadtteil. Sie ermutigt, befähigt, mobilisiert und bündelt diese für eine beteiligende und nachhaltige Quartiersentwicklung. Bedürfnisse, Erfahrungen, Geschichten, Lebenssituatio-

nen und Interessen der dort lebenden Bewohnerinnen und Bewohner stehen im Mittelpunkt und sind Dreh- und Angelpunkt für das Erwirken gesellschaftlicher Teilhabe, Entwicklungschancen, Integration und Inklusion.

Auf den Punkt gebracht, GWA verspricht:

- › Hohe soziale und interkulturelle Kompetenz mit Alltags- und Lebensweltorientierung, d.h. Präsenz vor Ort und Niedrigschwelligkeit. Die Analyse und das Verständnis von Lebenswelt und das Erkennen der Potenziale der Menschen.
- › (Methoden-)Integration und Kombination von (sub-)kulturspezifischen differenzierten Konzepten der Arbeit mit Menschen verschiedenen Alters, Geschlechts und Herkunft.

Auf diese Weise schafft sie Voraussetzungen für:

- › Empowerment und Interessenorganisation, die Möglichkeit der Partizipation und Förderung von Teilhabe auch und gerade von artikulationsschwachen und unorganisierten Gruppen von Bewohnerinnen und Bewohnern.
- › Interdisziplinäre und ressortübergreifende Arbeit im Verbund mit Politik, Verwaltung, Wirtschaft und sozialen Akteuren für eine nachhaltige Regional- und Stadtentwicklung.
- › Eine Ermöglichung von mehr solidarischer Ökonomie bzw. Gemeinwesenökonomie, kooperativen Existenzgründungen in Kombination von Erwerbs- und Eigenarbeit auf der Basis von Existenzsicherung im Stadtteil. (vgl. Klöck, Tilo: Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit als Qualitätsmerkmal von Sozialraumorientierter Sozialer Arbeit, Stadtteilarbeit und Quartiersmanagement, München 2001, S.3)

› Voraussetzungen für GWA als Teil einer kommunalen Strategie

Gemeinwesenarbeit kann nicht im Alleingang durch einen Träger oder Teams geleistet werden, sie braucht Strukturen in Politik und Verwaltung, die diesen Ansatz mittragen. Das bedeutet, sie erhält als Teil einer gesamtstädtischen Strategie Eingang in (sozial)politische Leitlinien und Programme, die eine integrierte soziale Stadt(teil)entwicklungspolitik für die Wissenschaftsstadt Darmstadt formulieren.

Die besonderen Erfordernisse in Hinblick auf interkulturelle Aspekte der GWA, nämlich die wechselseitige Öffnung der Migranten-Communities und der Institutionen der Mehrheitsgesellschaft als Voraussetzung struktureller und sozialräumlicher Integration, müssen kommunalpolitisch unterstützt werden.

Eine weitere Ausdifferenzierung von Zielen und Handlungsfeldern für die GWA bilden sodann politiksektorübergreifende, integrierte Handlungskonzepte auf der Ebene der Gesamtstadt und auf Quartier-/Stadtteilebene. Sie sind das erforderliche Instrument, um eine soziale Stadt(teil)entwicklung umsetzen zu können und werden für die Gesamtstadt und alle Standorte der Gemeinwesenarbeit entwickelt.



Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf der lokalen Ebene erfordert eine Stadtpolitik sozialer Integration, die als Querschnittsaufgabe zu verstehen ist, die horizontal zwischen den Fachressorts und vertikal zwischen den Ebenen der kommunalen Verwaltung die vorhandenen Mittel und Kapazitäten zusammenfügt.

Während Grundsatzentscheidungen (strategische Entscheidungen) auf hohen Hierarchieebenen angesiedelt werden, sind Ziele, Handlungswege und Umsetzungsmöglichkeiten vor Ort (im Quartier/Stadtteil) zu entwickeln. Damit wird die Verwaltung auf der Quartier-/Stadtteilebene zu einer Akteurin unter vielen, die mit Kompetenzen und Ressourcen den Rahmen für eine quartier/stadtteilbezogene Politik formen.

Eine politisch-administrative Entscheidung für die Gemeinwesenarbeit in Darmstadt hat eine angemessene sachliche und personelle Ausstattung, einen Umbau der Verwaltungsstrukturen hin zum sozialraumorientierten Arbeiten in allen relevanten Arbeitsbereichen der Verwaltung, einen quer zu den „klassischen“ Ressorts liegenden Handlungsansatz und eine politische Kultur, die Partizipation und die Bewohneraktivierung als Qualitätsverbesserung anerkennt und einsetzt, zur Folge. Wichtig ist dabei der Grundsatz, dass eine abteilungsorientierte Zergliederung ganzheitlicher Probleme aufgehoben wird.

› [Umbau von Verwaltungsstrukturen](#)

Die Steuerung der Einrichtung und Sicherung der Standards ist eine Aufgabe, die im Verantwortungsbereich des Sozialdezernates angesiedelt wird, da dieses Dezernat schwerpunktmäßig die Verantwortung für die Bedarfsplanung der von Armut und sozialen Ausgrenzungen betroffenen Gruppen inne hat. Hier werden Strukturen aufgebaut, die die Einbindung der Gemeinwesenarbeit in die sozialraumbezogene Bedarfsplanung gewährleisten. Im Rahmen des Aufbaus sozialraumorientierter Verwaltungsstrukturen ist die kommunale Fachstelle für Integration zuständig für die Berücksichtigung migrationsspezifischer Belange in allen Bereichen.

Erfahrungen in der ressortübergreifenden sozialraumorientierten Zusammenarbeit in Darmstadt wurden bereits durch die „Magistratskommission Soziale Brennpunkte“ und durch die Steuerungsgruppe „Projektkoordinati-



on“, die zur Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ in Eberstadt und Kranichstein gebildet wurde, erprobt. Sie bedürfen jedoch eines Ausbaus und einer Anpassung an veränderte Bedingungen, um Gemeinwesenarbeit als Teil einer gesamtstädtischen Strategie in Darmstadt zu implementieren.

› Darmstädter Initiative für eine soziale Stadt(teil)entwicklung

Auf der strategischen Ebene wird gewährleistet, dass der stadtteilbezogene Ansatz in einer städtischen Gesamtstrategie für eine soziale Stadtentwicklung aufgeht, die eine Verhinderung weiterer sozialräumlicher Polarisierung zum Ziel hat. Die Gründung der „Darmstädter Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt(teil)entwicklung – DAGISS“ wird hierfür als das geeignete Instrument vorgeschlagen. DAGISS ist als Netzwerk von Verantwortungsträgern aus den Bereichen Arbeit, Politik, Soziales, Wirtschaft/Wohnungswirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtplanung zu verstehen, welches sich mit den Aspekten sozialer Stadt(teil)entwicklung in Darmstadt unter der besonderen Berücksichtigung der Reduzierung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der Stadt beschäftigt. Die Aufgaben des Netzwerks sind:

- › die Formulierung strategischer Ziele für eine sozial-integrierte Stadt(teil)entwicklungspolitik als Leitlinien für die Politik unter Berücksichtigung der Verwirklichung von Teilhabechancen für alle Einwohnerinnen und Einwohner von Darmstadt in den Lebensbereichen Kultur, Bildung, Arbeit/Ökonomie, Soziales und Politik
- › Sozialraumbewertung mit Hilfe der Sozialberichterstattung und perspektivisch eines Sozialraum-Monitorings, als auch des Integrationsmonitorings zur Identifizierung von Handlungsbedarfen
- › Ressourcenakquise und Ressourcenbündelung (öffentliche und private) für die soziale Stadt(teil)entwicklung
- › Überprüfung der Einhaltung der formulierten Ziele für die soziale Stadt(teil)entwicklung auf der politisch/administrativen und auf der sozialräumlichen Ebene

3.2 Gemeinwesenarbeit verpflichtet sich der integrierten Entwicklung des Stadtteils und bestmöglicher Entfaltung der dort lebenden Menschen

Die Quartiere/Stadtteile sind die Räume für soziale Intervention und werden in dieser Funktion in Folge von zunehmenden Marginalisierungstendenzen auf der nationalen und globalen Ebene immer wichtiger. Die Gestaltung ihres sozialen Raums gemeinsam mit den Menschen eines Quartiers/Stadtteils und den weiteren Akteuren setzt auf der einen Seite dort an, wo sich der Alltag der Menschen abspielt und wirkt andererseits in der Vermittlung zu den Systemebenen Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Soziale Ungerechtigkeit im Sinne von fehlenden Teilhabechancen am gesellschaftlichen Wohlstand (finanziell, kulturell, sozial) schlägt sich in der räumlichen Verteilung von Armutslagen im städtischen Raum nieder.

Die Stärkung der vorhandenen Potenziale von Bewohnerinnen und Bewohnern und die Ermutigung, diese auszubauen, bietet die Chance auf die Unterstützung von selbst bestimmtem Leben und die autonome, emanzipatorische Vertretung von Interessen.

Gemäß der formulierten Prinzipien der Gemeinwesenarbeit widmen sich die Fachkräfte der GWA in ihren Wirkungsbereichen den im Folgenden dargestellten Aufgaben, um damit zur Förderung einer sozialen Stadtteilentwicklung und der Verbesserung der Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen beizutragen:

- › der Ermöglichung, Sicherung, Koordination und Organisation von Partizipation und ihren Prozessen für und mit den Bewohnerinnen und Bewohnern und den weiteren Akteuren
- › der Stärkung der Ressourcen der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerung und der Förderung der Fähigkeit zum friedlichen und kooperativen Zusammenleben der unterschiedlichen Gruppen im Quartier/Stadtteil
- › der Aktivierung, Akquise und der Effektivierung von Ressourcen im Sozialraum
- › dem Aufbau, der Sicherung und Stabilisierung von nachbarschaftlichen Strukturen und Zusammenleben
- › der Förderung, Organisation und Unterstützung von Kommunikation, Kooperation und Vernetzung

Handlungsleitend sind dabei der Wille und die Interessen der Menschen und Gruppen vor Ort (in Abgrenzung zu Wünschen und Bedarfen). Diese gilt es zu identifizieren und ernst zu nehmen, denn sie bilden die Voraussetzung für Aktivität zur Veränderung von Verhältnissen.

Partizipation bedeutet, Bewohnerinnen und Bewohner und Akteure beteiligen sich, bestimmen mit und gestalten mit. Sie artikulieren ihre Interessen und nehmen damit Einfluss auf Entwicklungen in ihrer Lebenswelt, ihrem

› Aufgaben der GWA

› Förderung und Unterstützung von Partizipation

Wohn- und Arbeitsumfeld und darüber hinaus in der Gesamtstadt. Partizipation ermöglicht die Akzeptanz und eine nachhaltige Wirkung für Prozesse und die Veränderungen, die sie hervorbringen.

Transparenz über die Ziele und die Tragweite des Beteiligungsverfahrens müssen vorab sichergestellt werden. Entscheidungsspielräume müssen definiert und Resultate möglichst zeitnah kommuniziert werden.

Die Zugänge zu Partizipation sind aufgrund unterschiedlicher Rechte und Kompetenzen einerseits und struktureller Rahmenbedingungen andererseits nicht gleichwertig nutzbar. Die Gemeinwesenarbeit versteht es als ihre Aufgabe, Bewohnerinnen und Bewohnern Partizipationsmöglichkeiten aufzuzeigen und sie zu stärken, damit sie diese nutzen können und setzt sich gemeinsam mit ihnen für den Abbau der Schwellen und den Ausbau der Beteiligungsspielräume ein.

Vor dem Hintergrund der Herstellung gleicher Teilhabechancen für alle Menschen in der Stadtgesellschaft sind es insbesondere die Gruppen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, die eine stärkere Unterstützung zur Wahrnehmung ihrer Partizipationsmöglichkeiten durch GWA bedürfen. Das sind zum einen die Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Lage in den Zugangsmöglichkeiten eingeschränkt sind, die ihnen Partizipation erleichtern und zum anderen diejenigen, die als Einwanderer häufig nicht den rechtlichen Status haben, sich gleichberechtigt einzubringen (kein (Kommunal-)wahlrecht, vorübergehender Aufenthaltsstatus etc.).

Eine besondere Bedeutung kommt im Kontext von GWA und Partizipation der politischen Bildung und der Stärkung von Alltagskompetenzen zu. Informationsvermittlung, Beratung und Veranstaltungen unterstützen dazu das Verstehen des politischen-administrativen Systems ebenso wie die Wirkungen der sozialen, kulturellen und ökonomischen Systeme.

› **Gemeinsam
Bedarfe und
Entwicklungsziele
ermitteln und formulieren**

Gemeinsam mit der Bewohnerschaft als Experten für ihren Stadtteil und ihre Lebenswelten ermittelt das Netzwerk der Gemeinwesenarbeit Bedarfe zur Verbesserung der Lebenswelten und formuliert Ziele für die Weiterentwicklung des sozialen Nahraums.

Was gemacht werden muss, wie es passieren soll und in welchem Tempo, ist jeweils abhängig von den lokalen Rahmenbedingungen und wird gemeinsam erarbeitet. Die Verbindung von Stadt(teil)entwicklung, Beschäftigungs-, (Aus-)Bildungs- und Wirtschaftsförderung wird auf der Ebene des Quartiers/Stadtteils geregelt in Kooperation mit Politik/Verwaltung, die hier Akteure unter anderen sind.

Die Gemeinwesenarbeit versteht es in diesen Planungsprozessen als eine ihrer wichtigen Aufgaben, auf Probleme, soziale Schieflagen und soziale Ungerechtigkeit im Sinne von mangelnder Teilhabegerechtigkeit aufmerksam zu machen. Außerdem nimmt sie die unterschiedlichen Interessen



von Bewohnerinnen und Bewohnern, als auch Bewohnergruppen innerhalb der Quartiere/Stadtteile auf und macht diese im Prozess transparent.

In dieser Rolle verfolgen die Fachkräfte der Gemeinwesenarbeit das Ziel, einen Machtausgleich herzustellen, sowohl zwischen den Interessenlagen im Quartier/Stadtteil als auch zwischen dem Quartier/Stadtteil und der politisch/administrativen Ebene der Gesamtstadt, um die Interessenartikulation einzelner Gruppen sowie des gesamten Stadtteils zu fördern.

Aufgabe ist es, materielle, kulturelle und soziale Ressourcen im Quartier/Stadtteil zu aktivieren, ihren Einsatz zu effektivieren und ergänzende Ressourcen zu akquirieren. Ausgangspunkt ist dabei die gemeinsame Ermittlung der vorhandenen Stärken und Potenziale des Quartiers/Stadtteils mit den Bewohnerinnen und Bewohnern und den Stadtteilakteuren vor Ort. Jedes Quartier, jeder Stadtteil, verfügt über individuelle Stärken und Besonderheiten in der Bewohnerschaft und der kulturellen, sozialen, ökonomischen und baulichen Infrastruktur.

› Ressourcen aktivieren, effektivieren u. akquirieren

Vorhandene Ressourcen werden sodann genutzt, um die ermittelten Bedarfe und Entwicklungsziele zu erreichen und die Anschlussfähigkeit benachteiligter Stadtquartiere/-teile an die Stadtentwicklung zu fördern. Hierbei richtet sich das Augenmerk der Fachkräfte der Gemeinwesenarbeit insbesondere auf die sinnvolle Vernetzung der Ressourcen um damit ihren Einsatz zu verbessern, d. h. Angebotsüberschneidungen zu vermeiden und Angebotslücken auszugleichen.

Zusätzlich werden in Kooperation mit unterschiedlichen Stadtteilakteuren (z.B. Wohnungswirtschaft, Schulen, Kinder- u. Jugendeinrichtungen, Kirchen, Vereinen, Migrantenorganisationen) weitere Ressourcen zur Einrichtung spezifischer, an die Bedarfslage der Bewohnerinnen und Bewohner angepasste Projekte und Angebote akquiriert.

Ressourcenakquise bedeutet dabei eine bedarfsgerechte Planung und kommunal getragene Angeboten und Ausstattung im Stadtteil in Zusammenarbeit der Fachkräfte mit Politik und Verwaltung. Hierbei steht die Gemeinwesenarbeit als Expertin für die Bedarfe des Sozialraums und wird



entsprechend in die Planung einbezogen. Ziel ist es, auf Probleme in der Zugänglichkeit von Angeboten oder deren tatsächlicher Nutzbarkeit und Lücken in der Infrastruktur aufmerksam zu machen und diese zu beheben. Andererseits heißt Ressourcenakquise die Einwerbung von Fördermitteln und Projektgeldern aus unterschiedlichen öffentlichen und privaten Quellen.

Über direkte Vernetzungsstrukturen kann Gemeinwesenarbeit als Seismograph sozialer Lagen der Quartiere/Stadtteile herangezogen werden. Die Fachkräfte sind gemeinsam mit der Bewohnerschaft in der Lage, strukturelle Defizite und Ressourcen zu analysieren, zu benennen und den Ausgleich einzufordern. Stadtteilziele werden in gemeinsamer Leistung aller Stadtteilakteure entwickelt und abgestimmt. Durch diese Vor-Ort-Netzwerke verfügt die Gemeinwesenarbeit über fundierte Kenntnisse, welche für die sozialraumorientierte Bedarfsplanung notwendig sind.

› **Nachbarschaften entwickeln und stabilisieren**

Ziel einer sozialen Stadtteilentwicklung ist die Herstellung von tragenden Nachbarschaften. Die Gemeinwesenarbeit übernimmt bei der Umsetzung dieses Ziels die Aufgabe, die sozialen und strukturellen Rahmenbedingungen für die Entwicklung zu gestalten.

Prägend für die Quartiere/Stadtteile in denen Gemeinwesenarbeit in Darmstadt bisher tätig ist, ist die Zusammensetzung der Bewohnerschaft aus Menschen in unterschiedlichen sozialen Lagen und unterschiedlicher kultureller und nationaler Herkunft. Somit treffen verschiedene Lebensstile und Milieus aufeinander, die sich miteinander und nebeneinander einrichten müssen.

Ausschlaggebend für die erfolgreiche Entwicklung von Nachbarschaften ist die Identifizierung von gemeinsamen Interessenlagen in einer heterogenen Bewohnerschaft sowohl für das direkte Zusammensein in den Häusern und kleinteiligen räumlichen Zusammenhängen, als auch im sozialen Raum des Quartiers/Stadtteils. Es handelt sich somit um Interessenlagen im Zusammenwohnen und im Zusammenleben.

Die Aufgabe für Gemeinwesenarbeit besteht hier zum einen im Aufbau, in der Beratung und Begleitung von Bewohner/innenselbstorganisation (Mie-

terbeiräte) bzw. im Umgang mit Wohnungseigentümern/Wohnungsgesellschaften.

Darüber hinaus gilt es, über die Schaffung von Austauschmöglichkeiten Angebote zum Interessensabgleich als Basis für die Entwicklung gemeinsamen Handelns und Identifikation mit dem Quartier/Stadtteil zu schaffen. Gemeinschaftsfördernde Strukturen wie Treffpunkte, Begegnungsstätten, Stadtteilgruppen und Initiativen bieten sich hier an und werden von den Fachkräften in ihrer Entstehung und Entwicklung befördert. In diesem Rahmen bildet insbesondere die Bereitstellung von Räumen zur bürgerschaftlichen Nutzung u.a. für die Stärkung der Eigenressourcen der Migranten-Communities und die gelingende Arbeit mit ihnen eine wichtige Grundlage.

Wichtige Partner bei der Durchführung dieser Aufgaben sind die auf der Basis von Selbstorganisation bestehenden Institutionen, Vereine und Gruppen, die für ihre Aktivitäten jeweils bestimmte Zielgruppen im Blick haben, wie z.B. Nachbarschaftsvereine, Kirchengemeinden, Migrantenorganisationen und Bewohnerinitiativen. Hier treffen bereits gleiche Interessenlagen aufeinander, die mit anderen in Verbindung gebracht werden können.

Zur Umsetzung der bezeichneten Aufgaben ist die Bewerkstelligung von Kommunikation, Kooperation und Vernetzung im Quartier/Stadtteil von Bewohnerinnen und Bewohnern und Stadtteilakteuren untereinander und miteinander sowie mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft wesentlicher Bestandteil der Gemeinwesenarbeit.

› Kommunikation, Kooperation, Vernetzung

Gemeinsam mit Stadtteilakteuren, Bewohnerinnen und Bewohnern werden dafür im Quartier/Stadtteil Strukturen geschaffen oder bestehende unterstützt, die Kommunikation, Kooperation und Vernetzung ermöglichen. Diese Strukturen richten sich an den Interessen und Bedarfen des Stadtteils aus. Ausschlaggebend für ihre Wirksamkeit ist, dass die Organe und Plattformen von Verwaltung, Politik, Institutionen, Wirtschaft und Bürgerschaft anerkannt sind und zum Interessensaustausch und der gemeinsamen Erarbeitung von Stadtteilzielen und deren Umsetzung genutzt werden. Die Freiheit zur Entwicklung der passenden Gremien und Strukturen befördern ihre Nutzung und Nachhaltigkeit. Gremien und Gruppen zur Beteiligung von Bewohnerinnen und Bewohnern müssen dabei möglichst niedrigschwellig ausgerichtet sein, damit eine breite Beteiligung erreicht wird. Die unterschiedlichen Beteiligungsformen von Bewohnerinnen und Bewohnern wurden in Darmstadt bereits in einem vom Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt verabschiedeten Beteiligungskonzept dargelegt. Hinsichtlich der zugewanderten Bevölkerungsgruppen ist hierbei neben den z.T. fehlenden Sprachkenntnissen, mangelnden Informationen über Regelsysteme und fehlenden Erfahrungen in der Gremienarbeit auch der manchmal nicht erlernte Umgang mit basisdemokratischen Beteiligungsprozessen zu berücksichtigen.

Die bereits fachspezifisch eingeschlagene Strategie der Wissenschaftsstadt Darmstadt, Entscheidungsprozesse transparent, verständlich und leicht zugänglich für Bürgerinnen und Bürger zu machen und damit die Chance, Partizipation zu stärken und politische Entscheidungen breiter zu verankern, sollte ausgebaut werden. Bürgerinnen und Bürger erhalten so einen niedrigrschwelligen Zugang zu Informationen, um in politischen Gremien mitwirken zu können.

Funktionierende Strukturen für Kooperation und Vernetzung auf der Ebene der professionellen Akteure können nur entstehen und durch Gemeinwesenarbeit befördert werden, wenn eine grundsätzlich sozialraum- und lebenslagenorientierte Arbeitsweise von Einrichtungen und Institutionen in freier und städtischer Trägerschaft besteht. Es ist Aufgabe von Politik und Verwaltung, dieses durch entsprechende Leistungsvereinbarungen und der Förderung der Akzeptanz von gemeinwesenorientiertem Arbeiten herbeizuführen und zu sichern.

Wesentlicher Aspekt der Förderung von Kommunikation ist Öffentlichkeitsarbeit in all ihren Facetten. Aufgabe von GWA ist entsprechend sowohl die Verbreitung von Information über positive Entwicklungen, aber auch über Problemlagen und Handlungsbedarfe nach innen wie nach außen. Die Gradwanderung zwischen Stigmatisierung und dem aufmerksam Machen auf Probleme und Handlungsbedarfe kann nur über die gleichzeitige Nennung von Ursachen und Entwicklungsmöglichkeiten, als auch positiver Entwicklungen bestanden werden.

› Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Aufgaben

Lokale Anlaufstellen im Quartier/Stadtteil wie Stadtteilwerkstätten/Stadtteilbüros sind eine Voraussetzung für Gemeinwesenarbeit. In allen Standorten der GWA werden entsprechend solche Anlaufstellen eingerichtet. Um auf der Quartier-/Stadtteilebene ansetzen zu können, muss die Gemeinwesenarbeit in der Lebenswelt der Menschen verortet sein.

Die Anlaufstellen müssen zentral gelegen und gut erreichbar sein, um einen niedrigrschwelligen Zugang zu befördern. Darüber hinaus ist ausreichend Raum für unterschiedliche Aktivitäten wie Begegnung, Beratung und Gruppenarbeit erforderlich.

Zur Unterstützung von Begegnung und Selbstorganisation sind außerdem Räume für Bewohneraktivität im Stadtteil unerlässlich, die ebenfalls den unterschiedlichen Anforderungen des breiten Aktivitätsspektrums angepasst sein müssen, welches sich im Stadtteil entwickelt.

Gemeinwesenarbeit wird getragen vom Beziehungsaufbau zu Bewohnerinnen und Bewohnern ebenso wie zu den anderen Akteuren im Quartier/Stadtteil, aber auch zu Politik und Verwaltung. Die Gewährleistung von Kontinuität in der Arbeit ist somit Bedingung, um stabile Entwicklungen zu erreichen. Langfristige Veränderungen sind nur tragfähig, wenn die geschaffenen Strukturen verlässlich sind. Die Träger verpflichten sich deshalb



zu einer langfristig angelegten Arbeit in Kooperation mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt, die dafür die erforderlichen Ressourcen bereitstellt.

Rahmenbedingung für erfolgreiche GWA ist die verlässliche und verbindliche Zusammenarbeit von Stadt und freien Trägern mit GWA. Es ist darauf hinzuwirken, dass Institutionen eine Zusammenarbeit mit GWA anstreben und sich stärker für sozial benachteiligte Menschen öffnen. Die Angebote und Leistungen müssen niedrighschwellig sein und die soziale Benachteiligung von Menschen im Fokus haben. Ebenso ist Begleitung und Förderung von Migrantenselbstorganisationen in der Stärkung ihrer eigenen Ressourcen gemäß der Leitlinien kommunaler Integrationspolitik bedeutsam.

3.3 Gemeinwesenarbeit fordert eine sozialräumliche Ausrichtung von Politik und Verwaltung

Eine soziale Stadt(teil)entwicklungspolitik ist darauf ausgerichtet, vorhandene örtliche Potenziale zu stärken und eine Anpassung der Infrastruktur auf sich verändernde Bedarfe zu gewährleisten. Vor Ort im Gemeinwesen muss eine Verteilung der Ressourcen derart erfolgen, dass Teilhabechancen am sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Leben für alle ermöglicht werden.

Die Kenntnisse über Lebenslagen, Strukturen und Ziele des Quartiers/Stadtteils werden von Gemeinwesenarbeiterinnen und Gemeinwesenarbeitern in den politischen Diskurs eingebracht. Kommunalpolitik und Verwaltung beziehen die sozialraumorientierten Bedarfsermittlungen, erarbeitet von GWA in Zusammenarbeit mit sozialen Institutionen und Bewohnerschaft, in die Planung ein, um bedarfsgerechte Interventionen planen und umsetzen zu können. So sollen Maßnahmen gebündelt und einzelne, isoliert stehende Maßnahmen verhindert werden.

Direkte, passgenaue Schnittstellen zwischen Stadtverwaltung, Politik und GWA garantieren die Sicherung der ermittelten Bedarfe. So können Synergien genutzt werden. Dabei sind neben Ansprechpartnern für die einzelnen Quartiere/Stadtteile, die durch GWA begleitet werden, auch gesamtstädtische Koordinationsstrukturen notwendig.

› Gesamtstädtische Koordination sozialer Stadtteilentwicklung



Die zuständigen Ansprechpersonen der Verwaltung müssen vertikal durch ihre Hierarchieebenen und horizontal ämterübergreifend vernetzt und intern anerkannt sein und mit der Gemeinwesenarbeit kooperieren.

Gemeinwesenarbeit ist in diesen Strukturen aktiv daran beteiligt, neue Handlungsbedarfe zu definieren und in Maßnahmen und Projekte zu übersetzen.

Folgerichtig ist für die wirksame Zusammenarbeit von Gemeinwesenarbeit, Verwaltung und Politik die Bereitstellung von Personalkapazität notwendig. Es wird die Installierung von so genannten Gebietsbeauftragten und eine gesamtstädtische Koordination für Stadt(teil)entwicklungsprozesse vorgeschlagen, um passgenaue Lösungen im Rahmen der Bedarfsplanung zu entwickeln und die kommunalen Möglichkeiten zur Reduzierung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu nutzen.

Die Gebietsbeauftragten sind als Ansprechpartnerinnen und -partner für die jeweiligen Sozialräume in der Verwaltung verortet. Sie stellen die direkte Andockstelle zwischen Quartier/Stadtteil und Verwaltung und Politik dar.

Ein Sozialraum- und Integrations-Monitoring scheint sinnvoll, um weitere Standorte in ihren auffälligen Entwicklungen und schwierigen Rahmenbedingungen zu erfassen und daraus Handlungsnotwendigkeiten abzuleiten. Für das Monitoring sind geeignete, also angemessene räumliche Einheiten heranzuziehen, die nicht zwangsläufig mit den administrativen Einheiten übereinstimmen. Neben statistischen Verfahren ist es sinnvoll, auch qualitative Methoden der Sozialforschung umzusetzen. So kann Gemeinwesenarbeit entwicklungsfördernd ansetzen und sich durch Rückkopplung von Untersuchungsergebnissen kontinuierlich weiterentwickeln.

› Gebietsbeauftragte für die Quartiere/ Stadtteile

Direkte Ansprechpartnerinnen und -partner auf Politik- und Verwaltungsebene für jedes Quartier/ jeden Stadtteil, in dem Gemeinwesenarbeit aktiv ist, müssen für eine enge Kooperation kurzfristig sichergestellt werden. Weiterhin sind die vorgeschlagenen Gebietsbeauftragten der Stadtverwaltung untereinander durch die Koordinationsstelle Soziale Stadt(teil)ent-

wicklung vernetzt und im Sozialdezernat verankert. Zur Umsetzung sollen alle städtischen Dienste sozialraumorientiert ausgerichtet sein.

Die Koordinationsstelle Soziale Stadt(teil)entwicklung ist als Stabsstelle mit gesamtstädtischem Bezug direkt auf der Dezernatsebene angesiedelt. Horizontal agieren die Gebietsbeauftragten mit den Ressorts der Verwaltung und mit Politiken. Sie sind für die Anliegen der Quartiere/Stadtteile zuständig und koordinieren nach Bedarf die zuständigen Fachämter für eine gemeinsame, ressortübergreifende Arbeit zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Auch als direkte Ansprechpartner für die Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere/Stadtteile stehen sie zur Verfügung.

Die Koordinationsstelle Soziale Stadt(teil)entwicklung dient als Servicestelle für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und für die Verankerung von Sozialraumorientierung bei professionellen sozialen Akteuren und Organisationen. Mit diesem Ansatz werden Antworten auf Problemlagen ganzheitlich, da interdisziplinär und effektiver und kostengünstiger, da kooperativ und nachhaltig, gefunden.

Gemeinsam wird in DAGISS (Darmstädter Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt(teil)entwicklung) die Gesamtstadt in den Blick genommen, um Handlungsbedarfe der GWA frühzeitig zu erkennen und einsetzen zu können.

3.4 Gemeinwesenarbeit arbeitet im Verbund und sichert fachliche Standards

Gemeinwesenarbeit als Teil einer gesamtstädtischen Strategie für soziale Stadt(teil)entwicklung ist eine subsidiäre Aufgabe, die von freien Trägern ausgeführt wird. Bei der Übernahme dieser Aufgabe ist eine Grundhaltung, die sich in den folgenden Aspekten ausdrückt, sinnvoll:

- › Vernetzung und selbstverständliche Zusammenarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren in den Quartieren (Bewohnerinnen und Bewohnern, Kirchen, Vereinen, Migrantenvereinen, Initiativen, Verbänden u. a.)
- › Kooperative Zusammenarbeit mit den Politiken und ihren Verwaltungen und der lokalen Ökonomie, hier insbesondere der Wohnungswirtschaft
- › Einspeisung fachlicher und finanzieller Trägerressourcen nach den spezifischen Möglichkeiten der Träger
- › Eigene Beratungs- und Unterstützungsangebote hinsichtlich möglicher sozialraumorientierter Anbindungen zu überprüfen und anzukoppeln
- › Die qualitative Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit in Darmstadt aktiv verfolgen



Die Wissenschaftsstadt Darmstadt ist bereit

- › zur Bereitstellung von kommunalen Mitteln in den jeweiligen Standorten der Gemeinwesenarbeit
- › zu einem Sozialraum- und Integrations-Monitoring und der Fortschreibung des Sozialatlases
- › zur Einrichtung von Gebietsbeauftragten und der Koordinationsstelle Soziale Stadt(teil)entwicklung
- › zur ressortübergreifenden und sozialraumorientierten Zusammenarbeit
- › zur Ermöglichung niedrigschwelliger Partizipation

Aufgrund der langjährigen Umsetzung von Gemeinwesenarbeit und gemeinwesenorientierten Projekten in Darmstadt, haben sich bei den Trägern Caritasverband und Diakonisches Werk ein breites Fachwissen und ein großer Erfahrungsschatz aufgebaut. Beide Träger sagen zu, ihre Kenntnisse und breiten Erfahrungen auch künftig in die Förderung und Unterstützung einer sozialen Stadt(teil)entwicklung, eines integrierten Handlungskonzeptes für Inklusion, Beteiligung und Teilhabe in und für Darmstadt einzubringen.

Zur qualitativen Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit in Darmstadt ist der strategisch ausgerichteten Rahmenkonzeption ein Fachkonzept zur Seite zu stellen. Hierzu werden die Träger die Bildung eines Fachzirkels GWA in Kooperation mit anderen interessierten Trägern, den kommunalen Gebietsbeauftragten für GWA, der Evangelischen Fachhochschule und der Hochschule Darmstadt umsetzen.

Die Aufgabe dieses Qualitätszirkels wird sein:

- › die Auswertung der Erfahrungen im Bereich der (interkulturellen) Gemeinwesenarbeit/Stadtteilarbeit in den unterschiedlichen Quartieren/Stadtteilen in Darmstadt,
- › die Überprüfung und Weiterentwicklung der Ziele, Standards und Wirkungsindikatoren von Gemeinwesenarbeit,
- › die Überprüfung der Gültigkeit der bestehenden Rahmenleistungsvereinbarung für Gemeinwesenarbeit in Darmstadt.

4. Agenda

Um die im Konzept erarbeiteten Ziele umzusetzen und gemäß den aufgeführten Standards tätig zu sein, ist die Etablierung von folgenden Strukturen und Rahmenbedingungen notwendig. Die Agenda stellt eine Zusammenfassung dar.

1. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt und die Träger Diakonisches Werk und Caritasverband verpflichten sich, Gemeinwesenarbeit als kommunale Strategie im Sinne der „Rahmenkonzeption für Gemeinwesenarbeit in Darmstadt“ umzusetzen und zu etablieren. Weitere Akteure werden kooperativ mit einbezogen. Dabei werden die erforderlichen Ressourcen zur Einhaltung der beschriebenen Standards und zur Umsetzung der Ziele sichergestellt.

Netzwerke und Kooperation

2. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt richtet die erforderlichen Strukturen ein und befasst sich mit der Fortentwicklung einer sozialraumorientierten Ausrichtung der Verwaltung, um diese mittelfristig umzusetzen.

3. Zu entwickelnde Strukturen werden durch die Etablierung von Gebietsbeauftragten und einer Koordinationsstelle Soziale Stadt(teil)entwicklung vorangetrieben.

4. Der Vorschlag zur Gründung von DAGISS (Darmstädter Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt(teil)entwicklung) als gesamtstädtisches Gremium wird umgesetzt. Die zuständigen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung unterstützen DAGISS.

5. Die „Magistratskommission Soziale Brennpunkte“, als auch die „Projektkoordination Soziale Stadt“ werden solange weitergeführt, bis über die künftigen Gebietsbeauftragten neue Kooperationsstrukturen aufgebaut wurden.

6. Die Konzeptgruppe des Projekts im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung wird in einen Fachzirkel GWA überführt. Hier wird unter wissenschaftlicher Begleitung der Hochschule Darmstadt und der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt die Fachlichkeit weiterentwickelt.

Fachliche Standards

7. Die sozialraumbezogene Sozialberichterstattung wird von städtischer Seite fortgeschrieben, um weitere Standorte in ihren Entwicklungstendenzen zu erfassen. Ein Sozialraum-Monitoring wird perspektivisch angestrebt.

8. Partizipation und Beteiligung wird von städtischer Seite und von der Seite der Träger gefördert. Niedrigschwelligkeit der Zugänge zu Partizipation

werden gewährleistet. Dazu wird die Transparenz von politischen Entscheidungen erhöht. Informationen über Entscheidungen, öffentliche Treffen, Gremien und Strukturen werden niedrigschwellig bis in den Stadtteil hinein zugänglich gemacht. Dafür werden über klassische Informationsvermittlung hinausgehende Wege eingeschlagen.

9. Die Gemeinwesenarbeit entwickelt im Fachzirkel GWA ein sozialraumorientiertes Fachkonzept, in dem Methoden und professionelles Vorgehen beschrieben werden. Darin werden die Aufgaben und Strukturen der aktuellen Standorte analysiert und detaillierte Handlungsempfehlungen formuliert, dabei werden benachteiligte Gruppen und Vernetzungsstrukturen explizit in den Blick genommen. Die Gebietsbeauftragten sind perspektivisch an der Entwicklung beteiligt.

10. Es werden politiksektorübergreifende, integrierte Handlungskonzepte auf Quartier-/Stadtteilebene erstellt.

Ressourcen/Rahmenbedingungen – finanziell und sachlich

11. Aktuelle Standorte der Gemeinwesenarbeit und des Quartiersmanagements Soziale Stadt werden langfristig weitergeführt. Weitere Quartiere/ Stadtteile werden unter Einbezug von Informationen aus DAGISS, der Sozialberichterstattung und perspektivisch dem Sozialraum-Monitoring als Standorte für Gemeinwesenarbeit identifiziert. Die Verträge sind dementsprechend zu verifizieren.

12. Leistungsvereinbarungen werden reflektiert und auf Grundlage der Rahmenkonzeption angepasst.

13. Die Gemeinwesenarbeit wird mit einem angemessenen Budget zum flexiblen Einsatz in der Arbeit mit Bewohnerinnen und Bewohnern ausgestattet. Über die Verteilung der Mittel entscheidet die Gemeinwesenarbeit im Verbund.

14. Die Gemeinwesenarbeit wird mit ausreichender und bedarfsgerechter Personalkapazität ausgestattet. Detaillierte Analysen diesbezüglich liefert das Fachkonzept Gemeinwesenarbeit.

15. Angemessene, gut zugängliche Räumlichkeiten vor Ort werden bereitgestellt. Dazu gehören Büros und zusätzliche Räume, die für Gruppentreffen genutzt werden können. Außerdem sind weitere, ausreichende Räume für die Selbstorganisation von Bewohnerinnen und Bewohnern nutzbar zu machen.



Impressum

Herausgeber:

Caritasverband Darmstadt e.V.
Heinrichstraße 32a
64283 Darmstadt

Diakonisches Werk Darmstadt-Dieburg
Kiesstraße 14
64283 Darmstadt

Konzepterstellung in Zusammenarbeit und Mitwirkung von:

Konzeptgruppe des Projekts „Förderung von Gemeinwesenarbeit als kommunale Strategie zur Reduzierung von Armut und sozialer Ausgrenzung in Darmstadt“, zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern der Träger Diakonisches Werk Darmstadt-Dieburg, Caritasverband Darmstadt, Sozialkritischer Arbeitskreis Darmstadt, der Hochschule Darmstadt, der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt und Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung der Wissenschaftsstadt Darmstadt, als auch der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen.

Projektkoordination und Kontakt:

Jeannette Dorff – Diakonisches Werk Darmstadt-Dieburg
dorff@dw-darmstadt.de

Jana König
j.koenig@caritasverband-darmstadt.de

Horst Miltenberger – Caritasverband Darmstadt e.V.
h.miltenberger@caritas-darmstadt.de

www.gemeinwesenarbeit-darmstadt.de

Layout:

Jonas Hänel
jonas-haenel@gmx.de

Druck:

Caritas-Druckerei
Wilhelm-Leuschner-Straße 101
64347 Griesheim

Telefon: 06155-868377-20

Telefax: 06155-868377-22

druckerei@caritas-darmstadt.de

Gefördert im Rahmen des „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“
Darmstadt, Dezember 2010



Mit freundlicher Unterstützung von:

